



Wettbewerb gebremst

Die Gesundheitsreform wird nach Einschätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) den Wettbewerb weiter bremsen, statt ihn anzutreiben. Mit Einführung des Gesundheitsfonds schrumpfte die Preisspanne zwischen der günstigsten und der teuersten Krankenkasse ab 2009 auf fast ein Drittel des heutigen Wertes, prognostiziert das Kölner Institut. Grund sei die geplante Festschreibung eines bundesweiten Einheitsbeitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung. Preisunterschiede entstehen nur noch über die Zusatzprämie der Versicherten. Da diese jedoch nicht mehr als ein Prozent des beitragspflichtigen Einkommens betragen darf, könne diese Extrazahlung maximal 35,63 Euro monatlich betragen. Bisher ließen sich nach IW-Angaben bei Beitragsunterschieden von rund zwei Prozent durch einen Wechsel bei regionalen Kassen bis zu 99,75 Euro im Monat sparen, bei bundesweiten Kassen bis zu 71,25 Euro. Ein Kassenwechsel zahle sich damit künftig weniger aus. Andere Teile der Reform drohten wirkungslos zu verpuffen, so das IW. So würden die Kassen zwar verpflichtet, den Versicherten kostensparende Tarife mit eingeschränkter Arztwahl anzubieten – einem echten Rabatt, der diese attraktiv mache, stehe aber nun der einheitliche Beitragssatz im Weg. „Am Ende dürfte sich wohl kaum ein Versicherter auf das Geschäft einlassen“, so das Resümee. ik/IW

Unzulässig: Basistarif

Sollte die Große Koalition tatsächlich die Private Krankenversicherung nach unveränderten Plänen des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) umbauen, dann prophezeit der Verband der privaten Krankenversicherung (PKV) eine „Flut erfolgreicher Klagen“. Die Prognose stützt sich auf zwei Gutachten von Prof. Dr. Gregor Thüsing, Bonn, und Prof. Dr. Jörn Axel Kämmerer, Hamburg. Die renommierten Staatsrechtler kommen zu dem Schluss, dass die bisherigen BMG-Pläne zur Umgestaltung der PKV gegen das Grundgesetz verstoßen. Vor allem der vorgesehene Basistarif steht vor unüberwindbaren recht-

lichen Hürden. Dieser soll die PKV unter anderem dazu verpflichten, alle nicht, oder nicht mehr Versicherten ohne Risikozuschläge und zu gedeckelten Prämien aufzunehmen. Verfassungsrechtlich ebenfalls ausgeschlossen sei die Mitnahmemöglichkeit (Portabilität) der in der PKV gebildeten, kollektiven Alterungsrückstellungen bei Unternehmenswechsel für Bestandsversicherte. Darin sehen die Gutachter einen klaren Verstoß gegen die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes. ik/dfg

Österreich: Kammerwahl

Österreichs Zahnärzteschaft hat sich auf Bundesebene in seiner konstituierenden Sitzung am 21. Juli 2006 in Wien endgültig etabliert. Bei den erstmals abgehaltenen Wahlen wurde der Bundesvorstand, bestehend aus einem Präsidenten, drei Vizepräsidenten und dem Finanzreferenten, gekürt. Für die nächsten fünf Jahre setzt sich dieser wie folgt zusammen: Präsident ist MR DDr. Hannes Westermayer, Wien, die Vizepräsidenten sind MR Dr. Wolfgang Doneus, Oberösterreich, MR Dr. Erwin Senoner, Salzburg, und Dipl.-Ing. Dr. Karl-Anton Rezac, Kärnten. Zum Finanzreferenten wurde Dr. Peter Österreicher, Steiermark, bestellt. Damit sind alle Organe der Österreichischen Zahnärztekammer, die seit 1. Januar 2006 besteht, besetzt. ik

Erfolg: Speisesalzfluoridierung

Eine 15-jährige „Erfolgsstory“ der Kariesvorbeugung mit fluoridiertem Speisesalz stand im Mittelpunkt einer Pressekonferenz der Informationsstelle für Kariesprophylaxe im September 2006 in München. Begonnen hatte die Speisesalzfluoridierung in der Schweiz 1955. Nach deutlich feststellbarem Rückgang der Kariesprävalenz der Schulkinder enthält dort seit 1983 fluoridiertes Speisesalz 250 mg Fluorid pro Kilo. Seit 1991 darf – nach anfänglichen Schwierigkeiten – französisches fluoridiertes und jodiertes Salz in Deutschland vertrieben werden. 1992 wurde eine Ausnahmegenehmigung für Herstellung und Vertrieb in Deutschland erteilt. Im Jahr 1991 wurde vom Deutschen Arbeitskreis



für Zahnheilkunde (DAZ) die Informationsstelle für Kariesprophylaxe gegründet. Trotz der bisherigen Erfolge sieht der Arbeitskreis noch Handlungsbedarf und setzt sich dafür ein, dass in Kantinen oder Restaurants – wie in der Schweiz üblich – auch mit fluoridiertem Speisesalz gekocht werden kann. Man hofft, dass dies in absehbarer Zeit im Zuge einer einheitlichen Regelung auf EU-Ebene, an der momentan gearbeitet wird, möglich sein wird.

Der Vizepräsident der BLZK, *Christian Berger*, berichtete im Rahmen der Pressekonferenz über die Prophylaxeerfolge bei bayerischen Kindern und Jugendlichen. ik

15. Shell Jugendstudie

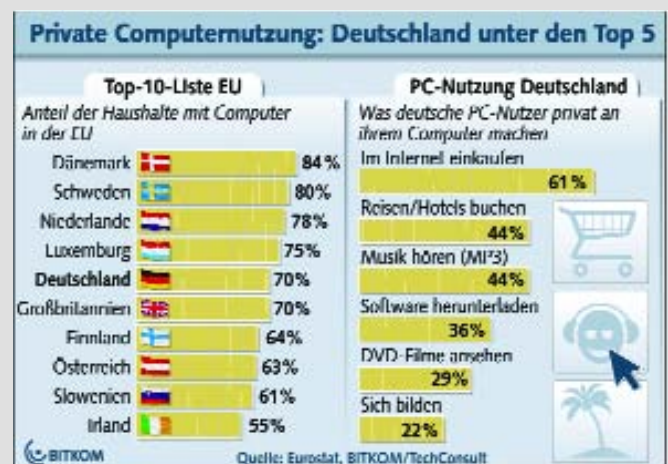
Die Shell Jugendstudie ist seit vielen Jahren wichtig, wenn es um Erkenntnisse über jugendliche Lebenswelten, Rollenverständnis sowie Einstellungen zur Politik in Deutschland geht. Zum ersten Mal stellte die Studie auch Fragen, die mit dem demographischen Wandel der Gesellschaft in Zusammenhang stehen. Das Resultat: Jugendliche haben großen Respekt vor der älteren Generation. Das Altern der Gesellschaft und damit verbundene Probleme sind den jungen Menschen bewusst. Sie stellen sich den Herausforderungen, suchen Lösungen und lassen sich nicht entmutigen – vom Altern der Gesellschaft über Probleme am Arbeitsmarkt bis hin zu ihren eigenen Zukunftsperspektiven. Zu den zentralen Ergebnissen der 15. Shell Jugendstudie gehört auch, dass Bildung in Deutschland weiterhin „sozial vererbt“ wird, d. h. der Bildungsgrad der Eltern hat immer noch einen wesentlichen Einfluss auf den Schulabschluss der Jugendlichen. Jugendliche aus sozial privilegierten Elternhäusern besuchen aussichtsreichere Schulformen und durchlaufen in der Regel hochwertige berufliche Ausbildungen einschließlich Hochschulgängen. Bemerkenswert ist der Befund, dass vor allem Hauptschüler ein wachsendes Interesse an einem höheren Schulabschluss haben. Das zeige der Vergleich zur Shell Jugendstudie 2002 deutlich. Dies sollte, so die Verfasser der Studie, die Politik zur Kenntnis nehmen und die Durchlässigkeit zwischen

den Schulformen erhöhen. Für die Studie wurden Anfang 2006 über 2.500 Jugendliche im Alter zwischen 12 und 25 Jahren befragt.

ik

PC: Durchbruch geschafft

Fast drei Viertel aller deutschen Haushalte verfügen inzwischen über einen Computer. Im EU-weiten Vergleich liegt Deutschland damit auf Rang fünf (siehe Grafik). Das teilte der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (Bitkom) in Berlin mit. Grundlage für die Angaben sind neue Daten der europäischen Statistikbehörde Eurostat. Jedes Jahr kommen mehr als eine Million deutsche Haushalte hinzu, die sich erstmals einen Computer an-



Quelle: Eurostat, BITKOM/TechConsult

schaffen. Vorwiegend wird der private PC zum Einkauf im Internet genutzt (61 Prozent), sehr beliebt sind Reisebuchungen im Internet und das Hören von MP3-Musikdateien (je 44 Prozent) sowie der legale Download von Software (36 Prozent). Einen Unterschied bei der privaten PC-Nutzung zwischen Männern und Frauen gibt es nicht. Auch im Beruf nimmt die Bedeutung des Computers weiter zu. 57 Prozent der Beschäftigten nutzen beruflich einen PC. Damit liegt Deutschland laut Eurostat sogar deutlich über dem EU-Durchschnitt von 49 Prozent. Danach folgen Großbritannien (49 Prozent) und Spanien (48 Prozent). Der prozentuale Anteil der Beschäftigten, die mit ihrem Computer online gehen können, ist in Deutschland auf 40 Prozent gestiegen. ik/Bitkom